

EDU: Markus Wäfler, Alt-Nationalrat

1. Seit 2011/2012 sind gegen Syrien drakonische Sanktionen in Kraft, die nicht von der UNO legitimiert sind. Der Bundesrat lehnt nicht nur eine Anpassung seiner Sanktionspolitik, sondern auch eine genaue Überprüfung der Auswirkungen auf die syrische Zivilbevölkerung ab. Dabei gibt es zahlreiche Berichte – jüngst von UNO-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy –, die überzeugend darlegen, dass die Sanktionen das Leben der Syrerinnen und Syrer massiv beeinträchtigen und zur Emigration beitragen. Wie ist Ihre Haltung zu den Sanktionen gegen Syrien und zur Position des Bundesrats?

Allgemeine Bemerkungen zur Situation in Syrien aus persönlicher Sicht von M. Wäfler

Die EDU ist seit Jahren erschüttert vom Leid und der Tragödie, welche durch den Vernichtungs-Bürgerkrieg des Regimes von Präsident Assad gegen die eigene Bevölkerung, unterstützt von rücksichtslosen Macht-Regimes aus Russland und Iran und der Terrormiliz des IS über die syrische Bevölkerung geschüttet wurde. Das syrische Regime widersetzte sich während dieses Bürgerkrieges jahrelang der Vermittlung von Hilfe durch diverse Sondergesandte der UNO, welche jahrelang für eine Erleichterung der humanitären Hilfe für die vom Bürgerkrieg und vor allem von der syrischen und russischen Luftwaffe und Artillerie zerbombte Zivilbevölkerung intervenierte. Angesichts der Sturheit und fehlenden Kompromissbereitschaft für einen Waffenstillstand beim syrischen Regime Assad haben mehrere UNO-Syrien-Sondergesandte resigniert und demissioniert, u.a. auch alt UNO-Generalsekretär Kofi Annan.

Wenn nun auf einmal nach dem „Bürgerkriegs-Sieg“ für das Verbrecherregime Assad, dieses gleiche Terror-Regime plötzlich einen Spezial-Berichterstatter (Idriss Jazairy) des UNO-Menschenrechtsrates zu sich nach Damaskus einlädt, um ihm das Elend der angeblichen Auswirkungen der westlichen Sanktionen gegen Syrien auf die syrische Bevölkerung zu zeigen und zu illustrieren, müssen klar denkende Menschen hellhörig werden: Da kann etwas nicht stimmen!

Wenn ich dann auf der ersten Seite des Berichtes dieses UNO-Spezial-Berichterstatters in der Einleitung die Lobhudeleien und Danksagungen für den Empfang durch diverse Minister und Regierungsbeamte des Assad-Verbrecherregimes lese, kommt mir die Galle hoch. So etwas muss ich als erbärmliche UNO-Menschenrechtsrats-Heuchelei bezeichnen. Natürlich treffen die Schilderungen der Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die syrische Bevölkerung zu, aber das ist zu 100 % das Verdienst und Resultat des Terror-Regimes Assad. Hätte er Jahre zuvor auf die UNO-Sonderbeauftragten gehört und mit ihnen zusammengearbeitet, hätte das unermessliche Leid für die Zivilbevölkerung durch Waffenstillstand und humanitäre Hilfe gemildert oder in vielen Fällen gar vermieden werden können.

Was ich persönlich den westlichen Staaten, insbesondere USA und NATO vorwerfe, ist der Verzicht auf die Durchsetzung einer Flugverbotszone über Syrien wie seinerzeit im Irakkrieg. Dadurch wären syrische und russische Flugzeuge konsequent vom Himmel geholt worden und der syrischen Bevölkerung wäre vieles erspart geblieben, wahrscheinlich auch der Verbleib des Terrorregimes Assad. Eine solche konsequente Machtdemonstration des Westens hätte Putins Luftwaffe schimpfend akzeptieren müssen.

Nun ist aber das Assad-Regime natürlich daran interessiert, dass der Westen das von ihm selber zusammengebombte Volk wieder aufpäppelt. Und dazu zeigt man noch so gerne einem blauäugigen, naiven UNO-Sonderberichterstatter gnädigerweise das angeblich unter den westlichen Sanktionen leidende syrische Volk. Ich hoffe gerne, dass CSI diese Zusammenhänge zur Kenntnis nimmt.

Humanitäre Hilfe für das syrische Volk ist nötig und richtig

Sowohl Markus Wäfler wie auch die EDU befürworten massive humanitäre Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung, allerdings nur unter der Bedingung, dass diese durch unabhängige Organisationen unter der Bevölkerung verteilt wird und nicht durch Organe der syrischen Regierung des Regimes Assad. Diese humanitäre Hilfe muss auch allen Minderheiten zugutekommen, also Kurden, Christen, Muslimen, Juden usw. Die EDU befürwortet ebenfalls die volle Unterstützung der humanitären Flüchtlingshilfe, welche in den Nachbarländern, z.B. in Libanon, Jordanien und im Grenzgebiet Israel-Syrien, geleistet wird. Gleichzeitig ist die Unterstützung der UNRWA komplett einzustellen, da diese Organisation Flüchtlingselend und Terror im Nahen Osten eher fördert als reduziert. Zudem befürwortet die EDU eine klare und deutliche Aufforderung an Saudi-Arabien, endlich aktiv mitzuhelfen, das Leid der muslimischen Bevölkerung in den arabischen Bürgerkriegsländern zu lindern und selber auch muslimische Flüchtlinge aufzunehmen.

Sanktionen durch die Schweiz

Die EDU lehnt allgemeine Sanktionen – egal ob von der UNO oder nicht - gegen Länder/Staaten ab, weil solche Sanktionen immer primär die Versorgungslage der Bevölkerung treffen, wie z.B. im Iran, Syrien, etc. Die EDU befürwortet jedoch gezielte wirksame Sanktionen gegen Personen, resp. politisch Verantwortliche für angeprangerte Missstände in Entwicklungsländern, Iran, Syrien, usw. Die Schweiz soll aus unserer EDU-Sicht bei allgemeinen Sanktionen gegen Länder/Staaten nicht mitmachen, sondern gegenüber diesen Ländern/Staaten den sogenannten „Courant normal“ weiterführen, um damit der Bevölkerung helfen zu können. Gleichzeitig sind in solchen Fällen von der Schweiz eigenständige gezielte und wirksame Sanktionen, wie z.B. Beschlagnahmungen von Eigentum, Bankguthaben, Einreiseverbote, internationale Haftbefehle usw. gegen die politisch verantwortlichen Personen zu realisieren.

Bevor die Schweiz leider UNO-Vollmitglied wurde, hatte sie noch den Mumm, ihre Neutralität auch bei Sanktionen zu wahren, so z.B. während der UNO-Sanktionen gegen Südafrika. Damals war die Schweiz von links als Apartheid-Förderer und – Schützer verschrien. Heute, wo sie praktisch blindlings alle UNO-Sanktionen unter Aufgabe ihrer Neutralität mitmacht und Sanktionen wie z.B. gegen Iran oder Syrien z.T. mitträgt, gilt sie als Schänder der betreffenden Bevölkerung.

2. Was tut Ihre Partei für die Syrerinnen und Syrer, insbesondere in Syrien selbst?

Direkt nichts, weil es nicht Aufgabe einer politischen Partei ist, sich direkt in Konflikten einzumischen, nur um zu zeigen „wie gut“ man ist. Indirekt informiert die EDU in ihrer Zeitung „EDU-Standpunkt“ regelmässig in fundierten Artikeln über Themen rund um den Nahen Osten, inkl. Syrien und lässt auch Repräsentanten aus dem Nahen Osten und Israel zu diesen Themen zu Wort kommen. Damit wirkt die EDU auch gegen die leider bei uns üblichen Mainstream-Medien-Manipulationen rund ums Thema „Naher Osten“. Die EDU-Mitglieder selber unterstützen persönlich Werke, welche sich in der christlichen humanitären Hilfe im Nahen Osten engagieren.